

*Am 3. April fanden in ganz Kolumbien Märsche für den Frieden statt, mit denen beide Verhandlungsparteien aufgerufen wurden, die Verhandlungen in Havanna zum Erfolg zu führen. Obwohl Ex-Präsident Uribe dazu aufgerufen hatte, nicht an dem Marsch teilzunehmen, weil dieser von der FARC inspiriert sei, nahmen zwischen 500.000 und einer Million Menschen daran teil.*

*Das Wochenmagazin EL ESPECTADOR veröffentlichte dazu am 4.4.2013 einen Leitartikel.*

### **Nach dem Marsch**

Derzeit beherrscht die Diskussion das Zählen von Köpfen um festzustellen, ob eine Million Menschen auf die Straße gingen oder ob es 300.000 oder weniger waren. Damit soll die Demonstration kategorisch etikettiert werden: Erfolg oder Fehlschlag, Unterstützung oder Ablehnung des Friedensprozesses. Aber trotz dieser Etikettierung, die nur dazu dient, politische Teilsiege auszurufen, gibt dieser Marsch Anlass zu viel interessanteren und kennzeichnenden Schlussfolgerungen.

Die erste Schlussfolgerung ist, dass die Bürgerschaft zum Ausdruck bringen konnte, was sie davon hält, was in Havanna passiert. Sowohl seitens derjenigen, die Unterstützung des Friedensprozesses zum Ausdruck brachten – bei allen Fragen, die einer Antwort bedürfen auf dem steinigen Weg der Verhandlungen- wie auch jener, die mit durchaus stichhaltigen Argumenten den Marsch ablehnten. Der Verhandlungsprozess bedurfte eines Durchatmens dieser Art, indem er Signale der Zustimmung und der Ablehnung empfing. Damit sagten die Kolumbianer etwas aus, um nicht nur stumme Zeugen dieser Verhandlungen zu sein.

Deswegen ist es lächerlich zu behaupten, die Zahl der Demonstranten sage etwas darüber aus, ob eine Mehrheit den Prozess in Havanna bejaht oder ablehnt. Natürlich ging man ein Risiko ein, denn eine schwache Demonstration hätte Einfluss auf den Verhandlungstisch gehabt, genau wie eine massenhafte, wie sie das Land ja schon gesehen hat. Letzteres hätte mit klaren Zielen den Verhandlern einen Freibrief verschafft. Aber am Ende ist es gewiss, dass das Mandat zur Weiterführung der Verhandlungen erteilt wurde mit all den nur allzu logischen Vorbehalten und Hoffnungen, die es in einem solchen Moment gibt und, sagen wir, es wurde eine Durchlüftung erreicht, die der Prozess brauchte, damit es in Havanna vorwärts geht.

Positiv war auch die bunte Teilnehmerschaft. Trotz der Anwesenheit fast aller politischen Parteien und dem Aufruf zur Teilnahme durch so unterschiedliche Personen wie dem Bürgermeister von Bogotá, dem Präsidenten der Republik und der "Marcha Patriótica" (linkes Friedensbündnis, A.d.Ü.), dominierten die politischen Persönlichkeiten nicht. Im Gegenteil, die Eintracht jener, die man durchaus als politische Gegner bezeichnen kann, war die zentrale Botschaft des Friedens, die an diesem Dienstag ausgesandt wurde.

Gut, zweifellos erzeugte die Mehrheit der Teilnehmer, die von der Marcha Patriótica zusammengerufen worden waren, Fragen und Zweifel. Den Gegner ermöglichte dies, sie als Anhänger der FARC zu bezeichnen und der Regierung, die den Verteidigungsminister entsandt hatte, gab das die Chance, in einem Schlusswort sich gegen diese Bewegung auszusprechen wegen ihrer angeblichen Finanzierung durch die FARC, das sozusagen als Entschuldigung dafür, dass der Minister den ganzen Morgen teilgenommen hatte. Dies bedarf der Untersuchung durch die Justiz, um Beweise dafür zu erbringen und natürlich kann die FARC nicht am politischen Leben teilnehmen, solange sie nicht die Waffen niederlegt. Gleichwohl ist die massenhafte und aktive Anwesenheit der Marcha Patriótica ein wichtiges Signal an den Verhandlungstisch, vor allem an die FARC, wie groß der politische Spielraum ist, über den sie verfügen könnte, wenn sie die Waffen niederlegte.

Die offenen Fragen derer, die den Marsch kritisierten, ist ein weiterer wichtiger Beitrag für Havanna: Die Ungewissheit für die Kriegsoffer, die Bedingungen für eine eventuelle Teilnahme der FARC am politischen Leben, der Spielraum für eine Übergangsjustiz, um Straflosigkeit zu vermeiden – all diese Botschaften und viele andere wurden vorgebracht und ermöglichen im Moment jedweder Übereinkunft festzustellen, wieviele Gegner und Unterstützer es dafür gibt, was dann ausgehandelt wurde. Jetzt ist dafür nicht der Moment.